

Das Schwarz-Weiß-Bild Russlands braucht Farbe

Petersburger Dialog: Experten kritisieren die Kritik an Moskau

In der siebenjährigen Geschichte des Petersburger Dialoges hat es schon entspannere Zeiten gegeben. Vor allem über die internationalen Medien zeigte sich der ehemalige Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, am Wochenende in Wiesbaden alles andere als erfreut.

Von Christian Gottschalk, Wiesbaden

Über mangelnde Beliebtheit in Deutschland muss sich Michail Gorbatschow wirklich nicht beklagen. Als der ehemalige sowjetische Präsident am Samstag das Kurhaus in Wiesbaden verließ, da erwarteten ihn rund 100 Menschen bei bestem Herbstwetter und spendeten brav Applaus. Die Wiesbadener hätten so lange fröhlich in den Himmel geschaut, bis die Sonne gar nicht mehr anders konnte, als auch zu strahlen, hatte Hessens Ministerpräsident Roland Koch kurz zuvor gesagt. Über dem Feld der russisch-deutschen Beziehungen sind allerdings dicke Wolken aufgezogen. Ob Demokratie oder Medienfreiheit, ob Gaslieferung oder Rüstung: hier ist bei weitem nicht alles eitel Sonnenschein.

Ideen zu generieren statt Schimpfkanonaden zu flankieren sei daher eine umso wichtigere Aufgabe des Petersburger Dialogs, sagte Gorbatschow, der den bis morgen andauernden Gedankenaustausch mit mehr als 200 Teilnehmern aus den beiden Ländern gemeinsam mit dem letzten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, leitet. Frei von Polemik blieb Gorbatschow dann aber selber nicht. Vor allem die westlichen Medien zeichneten derzeit ein übertrieben schwarzes Russlandbild, schimpfte Gorbatschow, was in der Behauptung gipfelte: „Bei uns in Russland ist die Presse freier als hier.“ Der freundliche Applaus im Wiesbadener Kurhaus blieb an dieser Stelle aus.

Mit seiner Kritik an der westlichen Darstellung östlicher Verhältnisse steht Gorbatschow allerdings nicht allein. Auch Ella Pamfilowa spricht von einer „Modewelle, Russland zu dämonisieren“. Ella Pamfilowa trägt die etwas umständliche Tätigkeitsbezeichnung „Vorsitzende des Rates für die Mitwirkung an der Entwicklung der Institute der

Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation“. In Russland gehört die energische Frau zu den Menschen, deren Ansichten beim Präsidenten gehört werden – auch wenn der diese nicht immer teilt. „Über Russland werden zunehmend primitive Stereotypen transportiert“, sagt Pamfilowa, die sich für Bürgerrechte und eine starke Zivilgesellschaft einsetzt, und daher immer wieder gern gesehener Interviewgast im Westen ist. Wobei sie das Ergebnis davon zunehmend zweifeln lässt: „Wenn mich westliche Journalisten interviewen, dann wollen sie schlechte Dinge über Russland hören, und wenn ich etwas Positives sage, wird das nicht gedruckt“.

Sie wolle die Wirklichkeit in Russland nicht beschönigen, die Entwicklung brauche jedoch Zeit, sagte Pamfilowa und befand sich damit auf einer Linie mit dem ehemaligen Sowjetpräsidenten, der im Westen den Wunsch ausgemacht hat, „Russland möge über mehrere Etappen hinweg direkt ins Himmelreich springen“. Für die Entwicklung in seinem Land warb Gorbatschow um Verständnis und auch darum, dass Russland „wie jedes andere Land auf der Welt seine Interessen vertreten kann, ohne gleich beschuldigt oder angegriffen zu werden“.

Jemand, der dieses Verständnis schon hat, ist Klaus Mangold, der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft. „Es gibt heute vielleicht mehr Kritik an Russland als vor zwei oder drei Jahren, aber es gibt keine antirussische Welle“, sagte Mangold. Und das Mehr an Kritik sei eigentlich ein positives Zeichen. „Je mehr wir uns zueinander hinwenden, desto mehr wünschen wir uns gleiche Betrachtungsweisen im Denken.“ Die Hinwendung sei groß, bestehende Irritationen sollten daher mit der nötigen Gelassenheit hingenommen werden: „Die Grundparameter stimmen.“

2001 von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Russlands Präsident Wladimir Putin ins Leben gerufen, ist der Petersburger Dialog in seinem siebten Jahr. Die Teilnehmer sind sich sicher, dass es kein verflüchtiges wird und der Weg nach vorne und nicht zurück beschritten wird. In acht Arbeitsgruppen treffen sich Vertreter von Politik, Zivilgesell-



Hessens Ministerpräsident Koch (links) ist Gastgeber des Petersburger Dialoges in Wiesbaden, den Michail Gorbatschow leitet.

Foto ddp

schaft, Wirtschaft und Kirche zur Diskussion. „Im Gegensatz zu den ersten Veranstaltungen werden auch kritische Themen nicht ausgespart und kritische Beiträge von beiden Seiten angesprochen“, sagt Lothar de Maizière, „und das nicht nur verstoßen auf den Gängen, sondern offen im Plenum.“

Gestern Abend begannen parallel die deutsch-russischen Regierungskonsultationen zwischen Kanzlerin Angela Merkel und Russlands Präsidenten Wladimir Putin. Der Petersburger Dialog sei bewusst in deren räumliche Nähe gerückt, aber kein Anhängsel, sagten de Maizière und Gorbatschow. Das Verständnis füreinander wachse nur von unten heraus – auch wenn das Blitzlichtgewitter für die Staatschefs deutlich gewaltiger war als für die Vertreter der Zivilgesellschaft.

STICHWORT

Der Petersburger Dialog

Der Petersburger Dialog geht auf eine Initiative des ehemaligen deutschen Kanzlers Gerhard Schröder und des russischen Präsidenten Wladimir Putin zurück. Im Jahr 2001 fand der Gedankenaustausch zum ersten Mal in St. Petersburg statt, seither trifft man sich ein Mal im Jahr in Deutschland oder Russland. Deutsche Gastgeber waren Weimar (2002), Hamburg (2004) und Dresden (2006). Der Petersburger Dialog versteht sich als ein offenes Diskussionsforum und möchte den deutsch-russischen Bezie-

hungen Impulse verleihen. Vertreter aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Medien finden sich zu dem dreitägigen Gedankenaustausch ein, der von einem Lenkungsausschuss geleitet wird, dem derzeit der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR, vorstehen. Vorbild für diesen Dialog waren die deutsch-britischen Königswinter-Konferenzen. Sie entstanden 1950 und haben das Verhältnis der beiden Länder nachhaltig verbessert. cgo

USA kritisieren Israels Siedlungspolitik

JERUSALEM (AFP). US-Außenministerin Condoleezza Rice ist zum Auftakt ihrer mehrtägigen Nahostreise ausdrücklich auf Distanz zu der von Israel beabsichtigten Beschlagnahme von palästinensischem Land gegangen. Rice sagte am Sonntag, es müssten Handlungen vermieden werden, die bei der anderen Seite „das Vertrauen untergraben“ könnten. Rice betonte, in der derzeitigen schwierigen Lage, in der die Grundlagen für Verhandlungen über einen Palästinenserstaat geschaffen werden müssten, sei größte Vorsicht geboten. Israel hatte Ende September angeordnet, etwa 110 Hektar Land in vier palästinensischen Ortschaften zwischen der jüdischen Siedlung Maale Adumim und Ostjerusalem zu beschlagnehmen. Nach palästinensischen Angaben ist damit beabsichtigt, Maale Adumim mit Jerusalem zu verbinden.

Hohe Beteiligung bei Urwahl in Italien

Neue Mitte-links-Partei gegründet – Bewegung im rechten Lager ohne Berlusconi

ROM (pk). Mit der Urwahl des Vorsitzenden und der konstituierenden Versammlung ist am Sonntag in Italien die neue Demokratische Partei ins Leben gerufen worden. Sie vereint die Zentristen und die sozialdemokratischen Kräfte in der Regierungskoalition. Roms Bürgermeister Walter Veltroni erreichte nach den ersten Hochrechnungen 74,6 Prozent der Stimmen und setzte sich damit erwartungsgemäß von den vier anderen Bewerbern ab. An der Abstimmung, die allen Bürgern über 16 Jahren gegen die Gebühr von einem Euro offenstand, beteiligten sich offenbar mehr Personen als erwartet. Die Organisatoren hatten zuletzt mit einer Million Wähler gerechnet.

Bei der Stimmabgabe in Rom sagte Veltroni, für ihn erfülle sich mit der großen

Parteienfusion im Mitte-links-Lager „der Traum eines politischen Lebens“. Die neue Partito Democratico (PD) sei eine „offene und frische“ Kraft in der Politik. Den Hoffnungen der Gründerväter nach soll die PD mit 35 bis 37 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei Italiens werden. Veltroni gilt als Spitzenkandidat bei den Parlamentswahlen 2011.

Die Frage ist, ob die Regierung so lange durchhält. Galten bisher die chronischen Streitigkeiten in der Neun-Parteien-Koalition als größte Gefahr für Regierungschef Romano Prodi, so fragen sich Beobachter jetzt, ob nun nicht das Gewicht der neuen Partei und die „Krönung“ Veltronis durch das Volk Prodi über kurz oder lang erdrücken könnten. Veltroni selbst schließt ein vorzeitiges Wechseln an die Spitze der Regierung aus; er wolle bis

2011 Bürgermeister von Rom bleiben.

Unerwartet starken Zulauf – den Angaben der Organisatoren nach bis zu 500 000 – verzeichnete am Samstagabend auch eine Gegenkundgebung der rechtskonservativen Alleanza Nazionale in Rom, mit der Parteichef Gianfranco Fini den Linken die Schau stehlen wollte. Während die Teilnehmer den Rücktritt der Regierung verlangten, gab sich Fini selbst als friedlicher Staatsmann. Mit dem Alleingang Finis ist nun auch die Reform des rechten Lager eingeleitet. Erstmals seit 14 Jahren fand eine Großkundgebung ohne Silvio Berlusconi statt. Der hatte am Freitag überraschend Russlands Präsidenten Wladimir Putin besucht.

■ Kommentar: Unerwartete Liebe Seite 3

Oppositionsführer in Birma verhaftet

RANGUN/BANGKOK (AFP). Kurz vor der Ankunft des UN-Sondergesandten Ibrahim Gambari hat das Militärregime in Birma sechs führende Oppositionelle festgenommen. Unter ihnen sollen sich Htay Kywe sowie Mi Mi befinden, die Mitte August die ersten Proteste gegen die Junta angeführt hatten. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International zeigte sich „besorgt“ über ihr Schicksal und warnte, sie könnten gefoltert werden. In der Hauptstadt Rangun demonstrieren mehrere Zehntausend Menschen ihre Unterstützung für die Militärregierung. Unterdessen lockerte die Militärregierung die für Rangun geltende Ausgangssperre. Ibrahim Gambari wurde am Sonntag in Bangkok erwartet. Er wollte auf seiner Reise durch Südostasien den Druck auf die birmanische Regierung für Reformen erhöhen.

Neun Tote bei Attentat im Süden Afghanistans

KANDAHAR (AP). Ein Selbstmordattentäter ist mit seinem Motorrad auf einen Markt im Süden Afghanistans gefahren und hat bei der Zündung seines Sprengsatzes mindestens neun Menschen mit in den Tod gerissen. 30 Personen wurden bei dem Anschlag in der Provinz Kandahar verletzt. Aus Südkorea wurde unterdessen berichtet, die Regierung habe von der Kirche der Mitte Juli in Kandahar verschleppten Christen Schadenersatz verlangt. Die Presbyterianische Gemeinde Saemul soll 46 000 Euro für Flug- und Hotelkosten sowie für die Rückführung der beiden getöteten Geiseln zahlen.

Heftige Kämpfe in Sri Lanka

COLOMBO (dpa). Bei Kämpfen zwischen tamilischen Rebellen und Regierungssoldaten sind in Sri Lanka 19 Menschen ums Leben gekommen. Ein Armeesprecher sagte, neun Rebellen der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) und ein Soldat seien bei mehreren Zwischenfällen im Distrikt Vavuniya getötet worden. Auf der Halbinsel Jaffna hätten Sicherheitskräfte zwei LTTE-Kämpfer erschossen. Bei einem Seegefecht vor Jaffna wurden fünf Rebellen und zwei Soldaten getötet. Ein Soldat werde noch vermisst. Der seit 1983 dauernde Bürgerkrieg in Sri Lanka hat bereits 70 000 Menschen das Leben gekostet.

China sagt Dialog über Menschenrechte ab

BERLIN (rtr). China hat nach dem Besuch des Dalai Lama bei Bundeskanzlerin Angela Merkel den für Dezember geplanten Menschenrechtsdialog mit Deutschland abgesagt. Das bestätigte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes in Berlin am Samstag. Die zweitägigen Gespräche über die Lage der Menschenrechte in der Volksrepublik würden normalerweise einmal im Jahr stattfinden. Das chinesische Außenministerium hatte Merkel nach dem Besuch Einmischung in die inneren Angelegenheiten vorgeworfen und den deutschen Botschafter einbestellt. China wirft dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter separatistische Bestrebungen vor.

„Moral reicht bei Klimawandel nicht“

Der Meteorologe Hans von Storch kritisiert den Friedensnobelpreis für Al Gore

Die Reaktionen auf den Friedensnobelpreis, der am Freitag an den Weltklimarat und Al Gore ging, waren fast durchweg positiv. Im Gespräch mit Alexander Mäder erläutert der Hamburger Meteorologe und Küstenforscher Hans von Storch seine kritische Sicht auf die Klimadebatte.

■ Herr von Storch, Sie haben in der Vergangenheit ein Übermaß an Aufregung in der Klimadebatte beklagt. Freuen Sie sich trotzdem über den Friedensnobelpreis?

Als Klimaforscher freut man sich, dass die Klimaforschung ausgezeichnet wird. Problematisch ist aber, dass zugleich Al Gore den Preis erhält, der kein Wissenschaftler ist. Diese Politisierung der Wissenschaft ist nicht wünschenswert.

■ Ist es nicht angebracht, wenn Wissenschaftler die Politik in wichtigen Fragen beraten?

Doch, sie sollen die Fragen der Politik beantworten, aber ihr nicht die Entscheidungen vorschreiben. Wissenschaftler sind ja nur Experten auf ihrem jeweiligen beschränkten Gebiet, und sie sind zudem nicht politisch legitimiert.

■ Sie wollen sagen, dass Klimaforscher ihre Kompetenzen überschreiten?

Ja, diese Grenze wird von einigen Kollegen überschritten.

■ Aber man ist sich doch einig, dass die CO₂-Emissionen reduziert werden müssen.

Man ist sich einig, dass höhere CO₂-Emissionen einen Temperaturanstieg zur Folge haben. Wie man damit umgeht, ist eine politische Entscheidung. Auch das Ziel, den Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, ist keine wissenschaftliche, sondern eine politische Forderung. Ich würde es begrüßen,

wenn man dieses Ziel erreichen könnte, obwohl ich da erhebliche Zweifel habe. Aber das sage ich nur als Bürger.

■ In der Vergangenheit haben Sie auch gesagt, dass man nicht nur über die Vermeidung eines großen Temperaturanstiegs, sondern auch über die Anpassung an wärmere Zeiten sprechen müsse.

Schon bei einem Anstieg um zwei Grad haben wir einen erheblichen Anpassungsbedarf. Und dieser Anstieg kommt auf jeden Fall. Aber darüber spricht tatsächlich kaum jemand. Die Vorstellung, die Welt zu retten, ist offenbar attraktiver als die Vorstellung, sie nur gut zu managen. Viele glauben, der Klimawandel sei durch moralisches Verhalten abzuwenden, aber das wird nicht reichen. Weil unsere Lebensweise Energie benötigt, werden wir ohne breite technische Lösungen in der Energiebereitstellung und -nutzung nicht auskommen.

60 000 Soldaten warten an der irakischen Grenze

Türkei droht den USA mit Einmarsch in den Nordirak – Zwischen Ankara und den USA herrscht momentan Eiszeit

Das Verhältnis zwischen den USA und der Türkei befindet sich auf dem tiefsten Punkt seit Jahrzehnten. Nach dem Zerwürfnis wegen der Armenieresolution im US-Repräsentantenhaus droht nun ein heftiger Streit um die türkischen Invasionspläne im Nordirak.

Von Gerd Höhler, Ankara

Seit dem Wochenende bemühen sich zwei hochrangige US-Gesandte, der stellvertretende Außenminister Dan Fried und Verteidigungsstaatssekretär Eric Edelman, in Ankara um Schadenbegrenzung. „Wir müssen uns mit der Türkei auf unsere langfristigen gemeinsamen Interessen verständigen“, appellierte Fried in der türkischen Hauptstadt.

Doch Gemeinsamkeiten mit den USA können immer weniger Türken entdecken. Nur noch neun Prozent, so eine aktuelle Umfrage,

haben eine „gute Meinung“ von den USA, fast 40 Prozent betrachten sie als „Feind“. Dieser Prozentsatz könnte seit vergangener Woche noch gestiegen sein. Kaum waren die Leichen von 13 Soldaten beigesetzt, die von PKK-Rebellen erschossen worden waren, da verabschiedete der außenpolitische Ausschuss des US-Repräsentantenhauses am Mittwoch eine Resolution, mit der die Armenierverfolgungen als Völkermord anerkannt werden – das bekannte türkische Tabu. Vergeblich hatte die Bush-Regierung versucht, die Entscheidung zu verhindern. Jetzt ringt sie darum, die für Mitte November geplante Verabschiedung der Resolution im Plenum zu blockieren. Aber „das wird nicht leicht werden“, ahnt Außenministerin Condoleezza Rice.

Für die USA steht viel auf dem Spiel: Schon gibt es in Ankara Überlegungen, als Vergeltung den US-Truppen die Nutzung der südtürkischen Luftwaffenbasis Incirlik aufzukündigen und den Grenzübergang zum Irak

zu sperren. Über Incirlik wickeln die USA 70 Prozent ihrer Lufttransporte in den Irak ab. Ein Drittel des Treibstoffnachschubs sowie ein Großteil der Trinkwasser- und Lebensmittellieferungen für die US-Truppen laufen auf dem Landweg über die Türkei.

„Es geht nicht nur um die Resolution“, erklärt Egemen Bagis, ein Abgeordneter der türkischen Regierungspartei AKP. „Wir sind die ständige Bedrohung durch die PKK leid. Da war die Resolution nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.“ In der Türkei wächst der Zorn darüber, dass die USA nichts gegen die PKK-Rebellen unternehmen, die aus dem Nordirak immer häufiger in die Türkei vorstoßen. Außenminister Ali Babacan klagt, der Nordirak habe sich zu einem „Trainingsplatz für Terroristen“ entwickelt. Dass die PKK mit Waffen aus US-Beständen aufrüstet, die sie vermutlich über irakische Kurden bezieht, macht die Situation aus türkischer Sicht noch unerträglicher. Ministerpräsident



Von Storch gießt Wasser in den Wein. Foto HGF